



Die Kirche und der Missbrauch

In einer Satiresendung gibt es normaler Weise viel zu lachen. Es gibt Ausnahmen.



INGMAR STADELMANN

Foto: rbb

Die „Abendshow“ des rbb ist der oft nicht immer gut gelungene Versuch, ein Format wie die „heute show“ auch im Regionalfernsehen anzubieten. Nicht nur mangels Publikum lacht deshalb Moderator **Ingmar Stadelmann** oft allein über seine Witze. In der Sendung am 12. März war ihm aber überhaupt nicht zum Lachen zumute. Er wurde sehr ernst, als er über die Missbrauchsfälle in der Katholischen Kirche sprach: „Die katholische Kirche in Deutschland hat ein ‚kleines Missbrauchsproblem‘. Das ist mittlerweile bekannt. So gab es allein im katholischen Bistum Berlin 121 gemeldete Missbrauchsfälle. Kirchen können ihre Akten unter Verschluss halten, haben quasi ein ‚eigenes‘ Rechtssystem. Und was macht der Staat dagegen? Richtig: Nichts. Die Vertuschung der Missbrauchsfälle - ein Skandal.“

Stadelmann weist auf eine Petition an den Deutschen Bundestag hin, die der Verein „Eckiger Tisch“ initiiert hat. 26.000 von erforderlichen 30.000 Unterschriften sind schon zusammengekommen. Über diesen Link gelangt man zu dem Beitrag „Tatort Kirche“ und zur Petition:

https://www.rbb-online.de/abendshow/archiv/20210312_2200.html

Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus dem Text der Petition der Betroffenen:

Die Aufarbeitung der Verbrechen sexueller Gewalt durch Priester an Kindern und Jugendlichen darf nicht länger nur den Verantwortlichen in der Katholischen Kirche überlassen werden. Als Betroffene haben wir uns seit über zehn Jahren für Aufarbeitung, Hilfe und Entschädigung engagiert. Jetzt ist das Parlament gefordert! Wir brauchen Hilfe, trotz der Erfolge der letzten Jahre.

Wir fordern die Einsetzung einer Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission durch das Parlament, die die

Aufarbeitung des jahrzehntelangen systematischen institutionellen Versagens in den Kirchen begleitet. Die Institutionen müssen dort über ihre Fortschritte berichten, Betroffene müssen gehört werden. Die Kirche kann es nicht allein. Das hat sie in den vergangenen Jahren zur Genüge bewiesen. Aufarbeitung ist keine „innerkirchliche Angelegenheit“, sondern eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Und: Ohne Aufarbeitung kann Prävention nicht gelingen. Nur wer die Verbrechen und Versäumnisse der Vergangenheit aufklärt, offenlegt und Ausgleich sucht, tut das Notwendige, um Kinder heute besser zu schützen.

Die Stärkung, Vernetzung und Beratung von Betroffenen muss endlich auch finanziell unterstützt werden. Selbsthilfe braucht einen Rahmen, der die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements übersteigt. Es gibt ein starkes Bedürfnis nach Austausch, ohne sich erklären zu müssen. Viel zu lange waren die Opfer mit ihrer Geschichte allein.

Gemeinsam mit den Betroffenen muss eine unabhängige Anlaufstelle geschaffen werden. Bereits bestehende Fachberatungsstellen vor Ort können dabei mitwirken, wenn sie sich mit den Besonderheiten kirchlich sozialisierter Opfer vertraut gemacht haben. Dabei müssen alle Betroffenen sexueller Gewalt in der Kirche einbezogen werden, nicht nur jene, die der Täterorganisation genehm sind.

Für die Unterstützung der etwa 5.000 lebenden Opfer, die sich bislang gemeldet haben, fordern wir die Gründung eines „Opfergenesungswerk“, das von den Kirchen finanziell ausgestattet wird, aber unabhängig operiert und Betroffene mit beteiligt.

Die Opfer der Missbrauchsverbrechen und der Vertuschung durch kirchliche Leitungs- und Personalverantwortliche müssen endlich angemessen entschädigt werden. Die verbesserten Anerkennungsleistungen, die die Kirche nun endlich gewähren will, zeigen, dass der öffentliche Druck gewirkt hat. Das Parlament sollte klären, wie angemessene Entschädigungen aussehen sollten. Für die EKD muss eine klare institutionelle Verantwortungsübernahme durchgesetzt werden statt intransparent festgelegter „individueller Leistungen“. Eine vom Parlament beauftragte Kommission sollte mit einem klaren zeitlich begrenzten Auftrag versehen eine Lösung erarbeiten, die nicht nur die Interessen der Institution, sondern auch die der Betroffenen abbildet.

Es ist irritierend, dass es überhaupt noch einer Petition bedarf. Bundestag und Kirchen haben bislang zu wenig für die Opfer getan.